

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

9.10.1930 (No. 235)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postkontokonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
Chefredakteur  
E. Amend,  
Karlsruhe

**Bezugpreis:** Monatlich 3,25 RM., einjähr. 32,50 RM., einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Zeile. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Der Reichsverband der Industrie zum Finanzplan

#### „Ein erster Schritt zur Wiederherstellung des Vertrauens“

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat sich am Mittwoch in Berlin in einer außerordentlichen Präsidialsitzung mit dem Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung beschäftigt und dazu folgende Stellung eingenommen:

Der Plan ist als ein erster Schritt zu würdigen, die öffentlichen Finanzen Deutschlands in Ordnung zu bringen und die deutsche Wirtschaftspolitik den Verhältnissen anzupassen, die durch die Veränderungen auf dem Weltmarkt, durch die hohen Reparationsverpflichtungen Deutschlands und die Maßnahmen der Vergangenheit entstanden sind. Der Plan ist geeignet, das öffentliche Vertrauen wieder herzustellen, wenn er tatkräftig durchgeführt wird, und wenn alle Volksteile in dem Wunsche einig sind, unter Vermeidung von Experimenten den völligen Wirtschaftszusammenbruch abzuwehren.

Es ist nicht Aufgabe des Augenblicks, zu den Einzelheiten des Planes Stellung zu nehmen und auf die an manchen Stellen vorhandenen Lücken und Unstimmigkeiten hinzuweisen, weil die Gesetzeswürfe erst abgewartet werden müssen. Der Grundgedanke des Programms ist richtig, wenn er davon ausgeht, daß in erster Linie unter äußerster Sparsamkeit und unter Eindämmung der wirtschaftsschädlichen Steuern eine einheitlichere Gestaltung der öffentlichen Finanzen, insbesondere auch der Finanzen der Länder und Gemeinden, geschaffen werden muß.

Die Wiedereinführung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß ist nur möglich, wenn die Höhe der öffentlichen Ausgaben und aller Bestandteile der Produktionskosten nicht mehr hemmend im Wege steht. Nur so kann auch der Preisabbau der Verbrauchsgüter und Produktionsmittel bewirkt werden. Neben der Einschränkung der Personalausgaben der öffentlichen Verwaltung ist dabei eine der Lage des jeweiligen Wirtschaftszweiges angepaßte Herabsetzung der Löhne und Bezüge aller in der Privatwirtschaft Tätigen wichtigste Voraussetzung.

Wenn es gelingt, auf diesem Wege die Produktionskosten zu vermindern und den Preisabbau zu sichern, dann bedeutet die Herabsetzung von Lohn und Gehalt keine Verminderung der Kaufkraft und keine Beeinträchtigung der Lebenshaltung. Vielmehr bewirkt die dadurch ermöglichte Wiedereingliederung der Arbeitslosen in das Erwerbsleben eine Erhöhung der Gesamtkaufkraft und der des einzelnen.

Die Verwaltungs- und Verfassungsreform ist von entscheidender Bedeutung und darf nicht aufgeschoben werden. Die Förderung der nationalen Wirtschaft bedingt nicht nur die Pflege des inneren Marktes, sondern auch die Fortführung der Handelspolitik auf der bisherigen Linie.

Die Ordnung der öffentlichen Finanzen und die Beseitigung der Schwachpunkte der deutschen Volkswirtschaft ist auch die Voraussetzung für eine vernünftige Reparationspolitik, mit dem Ziele, die deutschen Verpflichtungen auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.

### Die christlichen Gewerkschaften zum Regierungsprogramm

W.B. Berlin, 9. Okt. (Tel.) Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hielt gestern in Königswinter eine Sitzung ab. Der Vorstand erkennt die Schwere der Gesamtlage des Staates und der Wirtschaft rückhaltlos an und demgegenüber auch die große Verantwortung und die Schwierigkeiten, die für die Regierung bestehen, die drohenden Gefahren abzuwehren.

In dem Programm der Reichsregierung sehen die christlichen Gewerkschaften, wie in der Sitzung dargelegt wurde, einen ersten Versuch, in Staat und Wirtschaft wieder zu gesünderen Verhältnissen zu kommen. Zu einigen Punkten des Programms und seiner Begründung durch die Reichsregierung haben die christlichen Gewerkschaften, besonders nach der sozialpolitischen Seite hin ernste Bedenken. Sie werden ihre Stellungnahme der Reichsregierung in einem besonderen Schreiben mitteilen.

### 30 Gesetze zur Durchführung des Sanierungsplans

Zur Durchführung des Wirtschafts- und Finanzplanes der Reichsregierung ist, den Blättern zufolge, die Ausarbeitung und parlamentarische Verabschiedung von 30 Gesetzen erforderlich. Mit der Ausarbeitung dieser Gesetze, die, bevor sie dem Reichstag und dem Reichstag zugehen, noch das Kabinett passieren müssen, ist man gegenwärtig beschäftigt. An erster Stelle steht das Gesetz über den Reichshaushalt des Rechnungsjahres 1931, das u. a. auch die Ermächtigung zur Aufnahme des Überbrückungskredits enthalten wird.

Das Pensionsgesetz des Oberbürgermeisters Böß angenommen. Der Berliner Magistrat beschloß, dem Pensionierungsgesetz des Oberbürgermeisters Böß zum 1. November 1930 mit der gesetzlichen Pension stattzugeben. Er wird diesen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung in einer Vorlage zur Kenntnisnahme mitteilen, und um Neubestellung der Stelle bitten.

Statistik der Vermissten. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 91 300 Personen als vermisst gemeldet, das sind täglich 250; unter ihnen befanden sich 71 200 männlichen und 20 080 weiblichen Geschlechts. 9500 wurden nicht mehr lebend aufgefunden, mehr als 80 000 aber von der Polizei wieder aufgefunden und ihren Angehörigen zugeführt.

### Letzte Nachrichten

#### Erhöhung des Reichsbankdiskonts um 1 Prozent

##### Eine vorfällige Maßnahme

W.B. Berlin, 9. Okt. (Tel.) Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 9. Oktober den Wechselbankdiskont um 1 Prozent von 4 Prozent auf 5 Prozent und den Lombardzinsfuß von 5 Prozent auf 6 Prozent erhöht.

In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank begründete der Vorsitzende, Reichsbankpräsident Dr. Lohse, unter Hinweis auf die (an anderer Stelle des Blattes veröffentlichten) Statusziffern vom 7. Oktober die vom Reichsbankdirektorium beschlossene Erhöhung des Diskontsatzes wie folgt:

Die Übereinstimmung mit der zunehmenden Erleichterung der wichtigeren ausländischen Geldmärkte wie auch des inländischen Geldmarktes konnte die Reichsbank seit dem Herbst v. J. ihren Diskontsatz allmählich von 7 1/2 Prozent auf 4 Prozent ermäßigen. Dabei war stets klar, daß ein Diskontsatz von 4 Prozent in Anbetracht der allgemeinen Zinsverhältnisse in Deutschland ein sehr niedriger war; seine Aufrechterhaltung war aber so lange gerechtfertigt, als trotz des niedrigen Satzes dauernd Gold und Devisen zufließen und die inneren deutschen Anlagen sich dauernd verringerten. Dieser Zustand hat sich in den letzten Wochen geändert. Die Reichsbank sah sich bei gleichzeitiger erheblicher Steigerung der von ihr zu befriedigenden Kreditansprüche zu beträchtlichen Devisen- und Goldabgaben genötigt, so daß sie nunmehr glaubt, vorfälliger die in solchen Fällen angezeigte Maßnahme der Diskonterhöhung, und zwar im Ausmaß von 1 Prozent, zur Anwendung bringen zu sollen.

#### Die Reichseinnahmen und -ausgaben im August

##### Bisher 788,9 Millionen RM. Fehlbetrag

W.B. Berlin, 9. Okt. (Tel.) Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen im August 1930 (alles in Millionen) im ordentlichen Haushalt die Einnahmen 850,1, und für die Zeit vom 1. April bis Ende August 4514,8, während sich für die Ausgaben auf 867,4 bzw. 4559,3 stellen, so daß sich für August eine Mehrausgabe von 17,3 und für die Zeit seit Beginn des Rechnungsjahres bis Ende August von 44,5 ergibt. Im außerordentlichen Haushalt betragen die Einnahmen im August 15,1 und seit Beginn des Rechnungsjahres 820,5 (darunter Anleihen 487,1), während sich die Ausgaben auf 9,8 bzw. 123,2 stellen. Es ergibt sich mithin im außerordentlichen Haushalt eine Mehreinnahme von 5,3 bzw. 492,3. Der Abschluß stellt sich wie folgt: Für den ordentlichen Haushalt Fehlbetrag aus den Vorjahren 465,0, Mehrausgabe aus den Monaten April bis August 44,5, mithin Fehlbetrag Ende August 509,5; für den außerordentlichen Haushalt Fehlbetrag aus den Vorjahren 771,7, Mehreinnahme aus den Monaten April bis August 492,3, mithin Fehlbetrag Ende August 279,4. Der gesamte Fehlbetrag stellt sich also auf 788,9.

Der Kassenollbestand des Reiches betrug am 31. August 1930 1230,0, wovon 1145,0 verwendet worden sind, so daß ein Restbestand bei der Reichshauptkasse und den Außenstellen von 85,0 vorhanden war. Die schwebende Schuld hat sich Ende August auf 1200,3 gegen 1207,3 Ende Juli erhöht. (Die zweite Vorstufe auf die sogenannte Kreugeranleihe ist in vorliegenden Ausweis bereits als Einnahme des außerordentlichen Haushaltes behandelt, so daß sie nicht mehr in der schwebenden Schuld erscheint.)

#### Zusammenkunft der Leiter der Zentralbanken in Basel

W.B. Berlin, 9. Okt. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, entsprechen die in der ausländischen Presse erschienenen Nachrichten, wonach die Leiter der Zentralbanken von Deutschland, Belgien, England, Frankreich und Italien beschlossen hätten, zusammenzutreten, um die Frage des Ablasses von Gold aus der Reichsbank und die Mittel zur Unterstützung der Reichsbank zu erörtern, nicht den Tatsachen. Nichts dergleichen ist, daß der Präsident der R.B. für Freitag eine Zusammenkunft der Präsidenten und Gouverneure der genannten Zentralbanken nach Basel einberufen hat, um verschiedene technische Fragen, wie zum Beispiel den Zinsfuß der Bankdevisen, zu erörtern. Die Frage der Goldreserve der deutschen Reichsbank wird, wie zuverlässig verlautet, nicht berührt werden.

#### Drei Wiener Blätter beschlagnahmt

W.B. Wien, 9. Okt. (Tel.) Der Pressestaatsanwalt hat die „Neue Freie Presse“, das „Neue Wiener Tagblatt“ und das „Neue Wiener Extrablatt“ beschlagnahmt, weil sie aus der Landtagskorrespondenz Mitteilungen über die angeblich unzulässigen Einnahmen des Majors Pabst in die Außen- und Innenpolitik Österreichs brachten. Die zweite Auflage der drei Blätter zeigt an Stelle des beschlagnahmten Artikels den bekannten weißen Fleck.

In einer nationalsozialistischen Versammlung wurde beschlossen, den Innenminister Starheimberg um die Aufhebung des Einreiseverbotes für Adolf Hitler zu ersuchen.

Wiederum Beschlagnahme der Südb. Arbeiterzeitung. Durch Beschluß des Amtsgerichts Stuttgart I ist die Nr. 233 der Südbadischen Arbeiterzeitung vom Dienstag beschlagnahmt worden.

### \* Die außenpolitischen Hauptpunkte

Wer heute die deutschen Zeitungen studiert, muß zunächst den Eindruck gewinnen, daß das Durcheinander der Meinungen und Gefühle gar nicht größer sein kann. Wer aber tiefer in die Materie eindringt, der überzeugt sich sehr bald davon, daß zum mindesten über gewisse Hauptpunkte der äußeren Politik innerhalb einer recht großen Mehrheit unseres Volkes vollkommene Übereinstimmung besteht. Es kommt also nur darauf an, unter Verabschiedung aller Gefühlspolitik diese Mehrheit zu formieren und zu einem Ganzen zusammenzuschweißen.

Dabei dürfen, wie gesagt, Gefühle und Empfindungen nicht mißsprechen. Persönliche Kränkungen müssen vergessen werden. Agitatorische Phrasen, welche oft genug die Tatsachen entstellen, müssen unter die Lupe genommen werden. Und allenthalben sollte das Bestreben vorherrschen, ganz nüchtern zu untersuchen, was der Nachbar Gutes und Brauchbares für eine Politik der Stetigkeit und Stabilisierung mitbringt.

Wie sehr man sich im Innern über gewisse Dinge einig ist, ohne diese Einigkeit offiziell zugeben zu wollen, zeigt uns die Rektüre des Abendblatts der „Frankfurter Zeitung“ vom Montag, den 29. September. Da ist auf der einen Seite zu lesen, Herr Hitler sei offenkundig bemüht, die öffentliche Meinung in England zu beruhigen; er habe zu diesem Zweck einem Interviewer von „Sunday Express“ erklärt, die Ziele der Nationalsozialisten seien zwar Revision des Versailles Vertrages und des Young-Planes und Wiedererlangung des polnischen Korridors, und die bisherige Politik der gebrochenen Versprechungen könne Deutschland nur in die Arme Rußlands und des Bolschewismus treiben, aber diese Zielsetzung der Nationalsozialisten bedeute nicht, daß Deutschland Kriege wolle oder vorbereite, zumal das entwaffnete Deutschland ja gar keine Kriege führen könne. Auch im Innern wolle man nur auf legale Weise eine Regierung bilden, und man hoffe die außenpolitischen Ziele zu erreichen durch den vereinten Willen des deutschen Volkes, „bis die andere Seite selbst von der Notwendigkeit der Revisionen überzeugt sei.“

An einer andern Stelle desselben Blattes liest man folgende Ausführungen: „In der Abrüstungsfrage sei auch heuer nicht das geringste in Genf erreicht worden; grade die einseitige Rüstungsbeschränkung gebe dem Nationalismus in Deutschland immer neuen Auftrieb. Das heute von Deutschland tatsächlich abgetrennte Ostpreußen verschaffe der nationalistischen Agitation immer neuen Nahrungstoff und dürfe für Deutschland nicht das werden, was Elfsaß-Vothringen vor dem Kriege für Frankreich war. Am polnischen Korridor könne eine deutsche Wendee erstehen. Gerade im Interesse der Sicherheit Frankreichs müsse die Revisionsklausel des Friedensvertrages angehen werden.“

Von wem mögen wohl diese Sätze stammen? Der von den üblichen Agitationsphrasen der Presse verbundene Leser wird wahrscheinlich sagen, so könne doch nur ein Anhänger der nationalistischen Rechten sprechen. Denn zumal das Wort von der Wendee klinge außerordentlich kriegerisch. Und wer hat in Wirklichkeit diese Worte gesprochen? Der ehemalige sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller in einem Vortrag in Zürich!

Und so ist es denn auch in der Tat: die erdrückende Mehrheit unseres Volkes ist sich über die Hauptforderungen unserer Außenpolitik durchaus einig. Und es wäre ein Segen für uns, wenn diese Einmütigkeit nun auch wirklich in Erscheinung träte, da nur sie jene Arbeit vollführen kann, die notwendig ist, um das Ausland von der Berechtigung unserer Forderung zu überzeugen, um dem Ausland klarzumachen, daß es zum Wohle des Völkerfriedens, zum Wohle der Gesamtmenschheit handeln heißt, wenn man früher begangenes Unrecht nun endlich wieder gutmacht. Die Welt muß sich daran gewöhnen, daß jetzt eine ganz andere Politik der Reparationen beginnt, nämlich eine Politik, die sich bemüht, all das wieder gutzumachen, was man Deutschland an sinnlosem Unrecht zugefügt hat.

Wozu das Parteigekränke: Wir sind doch alle darüber einig, daß der Friedensvertrag von Versailles zum mindesten in zwei Punkten revidiert werden muß, nämlich im Punkte „Ostgrenzen“ (polnischer Korridor) und im Punkte der Entwaffnung. Wir sind uns alle darüber einig, daß Deutschland auf die Dauer die Summen des





Gemeinderundschau

Ein großzügiges Projekt in Heidelberg. Der Stadtverwaltung Heidelberg ist ein privates Projekt vorgelegt worden, das an Stelle des von der Stadt geplanten Parkplatzes vor dem Eingang zum Schloßgarten eine großzügige Parkanlage mit Garagenbau für zusammen 250 Wagen vorsieht.

Eine Spartkommission für Heidelberg. Die Stadtverwaltung Heidelberg hat eine besondere Kommission eingesetzt, mit dem Auftrag, in weiterer Verfolgung des Nationalisierungs- und Sparmaßnahmenprogramms sämtliche Zweige der städtischen Verwaltung, insbesondere die technischen und wirtschaftlichen Betriebe aller Art, daraufhin eingehend durchzuprüfen, ob nicht durch geeignete Maßnahmen, vor allem in den sachlichen Ausgaben, weitere Ersparnisse erzielt werden können.

Durlacher Wohnungsbau. Der Bürgerausschuß Durlach beschloß die Erstellung von 22 Kleinwohnungen. Das Reich hat 68 000 M als zusätzliches Darlehen zur Verfügung gestellt.

Aus dem Offenburger Stadtrat. Da die Zahl der Wohlfahrtsverbände in Offenburg immer weiter ansteigt, ist bis zum Schluß des Rechnungsjahres mit einer Überschreitung des Voranschlags der Fürsorge mit mindestens 100 000 M zu rechnen.

Der Bürgerausschuß Gengenbach stimmte mit der Genehmigung des Voranschlags für 1930 auch der Einführung einer Bürgersteuer zu.

Der Bürgerausschuß Kollnau genehmigte in seiner letzten Sitzung den Voranschlag für 1930/31, der an Ausgaben 299 227 M und an Einnahmen 225 680 M vorliegt.

das Grundvermögen, 40 Pf für das Betriebsvermögen und 750 Pf für den Gemeindebeitrag gedeckt werden soll.

Nur fünf Listen bei den Freiburger Gemeindevahlen. Wie wir hören, sollen bei den diesjährigen Gemeindevahlen nur fünf Listen aufgestellt sein, und zwar: die des Zentrums, des Bürgerblocks, der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Nationalsozialisten.

Der Voranschlag von Mühlheim. Der Gemeinderat Mühlheim nahm den neuen Voranschlag für 1930/31 an.

Vom Kraftwerksbau Säckingen. In der letzten Bürgerausschußsitzung in Säckingen wurde mitgeteilt, daß sich zum Gemeindeverband Oberheim, welcher sich um die Erbauung des Pfeinfkraftwerkes Säckingen bemüht, noch eine zweite Gruppe als Konzessionär hinzugesellt habe.

Besucherzahlen badischer Kurorte. Baden-Baden zählte bis 25. September 71 684 Kurgäste, darunter 21 023 Ausländer.

Kurze Nachrichten aus Baden

Weiteres Steigen des Hochwassers. Rhein und Neckar sind weiter gestiegen und überschwemmen bereits weite Gebiete des Vorlandes.

ld. Königshafen, 9. Okt. Die neue Taubertbrücke geht ihrer Vollendung entgegen. Der Kostenaufwand beträgt 270 000 Reichsmark.

13. Keil, 8. Okt. Die Stadt Keil kann sich rühmen, nunmehr zwei Stadtkapellen zu haben.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruhrsetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Bekanntmachung Die abgeforderte Bemerkung Ziegelhausen.

Die zwischen dem Eigentümer der abgeforderten Bemerkung Ziegelhausen und den Gemeinden (Orten) Altenbach (Hauptort), Altmeudorf, Heidesbad, Heiligkreuzsteinach (Hauptort), Lampenhain (Hauptort), Peterstal, Schönau, Wilhelmshausen und Ziegelhausen abgeschlossenen Vereinbarungen über die Aufteilung der abgeforderten Bemerkung Ziegelhausen wurden mit Wirkung vom 1. April 1930 genehmigt.

Der Minister des Innern: J. Wittmann

Staatsanzeiger

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt: Regierungsrat Dr. Roderich Strauß und Regierungsrat Matthäus Kühn im Ministerium des Innern zu Oberregierungsräten dazuläßt.

Regierungsdirektor Wilhelm Dujnski beim Bezirksamt Lahr zum Regierungsrat.

Planmäßig angestellt: Die Pflegerinnen Adelheid Huber bei der Heil- und Pflegeanstalt Illenau, und Hedwig Mannhart bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Befördert: Verwaltungsobersekretär Paul Kern beim Bezirksamt Mannheim zu jenem in Donaueschingen.

Zur Ruhe gesetzt: Polizeioberleutnant Franz Meßger in Freiburg.

Gestorben: Kanzleisekretär Georg Lohse beim Bezirksamt Nastatt.

Ministerium der Finanzen

Ernannt: Finanzoberinspektor Oskar Schneider zum Oberrechnungsrat, und Finanzinspektor Oskar Scheneman zum Finanzoberinspektor, beide bei der Landeshauptkassa.

Nach sechzehnjähriger Tätigkeit an unserer Schule starb am 6. dieses Monats Herr Professor Alfred Hehn. Wir bedauern den frühen Heimgang eines verdienten Lehrers, eines wertgeschätzten Amtsgenossen, dem wir ein ehrenvolles Andenken bewahren werden. Mannheim, den 8. Oktober 1930. Direktor und Lehrerkollegium des Realgymnasiums II mit Realschule (Lessingschule) Mannheim

Mittwoch abend kurz vor 8 Uhr wurde unser hochverdienter Herr Bürgermeister Karl Schäfer nach längerem schwerem Leiden im 52. Lebensjahre durch den Tod aus unserer Mitte genommen. Wir verlieren in dem allzufrüh Dahingegangenen ein Vorbild treuester Pflichterfüllung und werden ihm alle Zeit ein ehrendes Andenken bewahren. Zell am Harmersbach, den 9. Oktober 1930. Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Zell a. H. I. V. Kopf Bürgermeisterstellvertreter.

Badisches Landestheater Freitag, 10. Oktober 1930 \* F 3 (Freitagmiete) Neu einstudiert Der Ring des Nibelungen Von Wagner Vorabend: Das Rheingold Dirigent: Krüps Regie: Dr. Waag

Bilanz auf 31. Dezember 1929. Vermögensseite: 1. Kassenbestand 28 188,85; 2. Guthaben bei Banken 157 968,64; 3. Wertpapiere 109 620,—; 4. Wechsel 27 796,31; 5. Darlehen auf Hypotheken 1 701 910,85; 6. Darlehen in laufender Rechnung an Private 498 712,70; 7. Darlehen auf Schuldschein 267 663,32; 8. Darlehen an Gemeinden und Körperschaften 376 270,70; 9. a) Aufwertungsforderungen 765 152,47; 9. b) Aufwertungsabrechnungsfonds 481 734,19; 10. Einnahmerückstände 79 954,52; 11. Grundstücke u. Gebäude 89 102,—; 12. Gerätschaften 1,—. Verbindlichkeitsseite: 1. Spareinlagen 2 674 033,02; 2. Aufwertungsreserve 1 465 918,71; 3. Giro- und Kontokorrenteinlagen 217 036,99; 4. Sonstige Einlagen 5 000,—; 5. Anleihen- und andere Schulden 53 999,07; 6. Ausgaberrückstände —,40; 7. Rücklagen: a) gesetzl. Reservefonds 115 166,67; b) Sonderrücklage 14 093,15; 8. Reingewinn vom Jahre 1929 38 785,94.

Berechnung der gesetzlichen Rücklage: Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen: 5% aus 2 891 070,01 M Einlagen = 144 553,50 M. Sie beträgt mit Schluß des Jahres 1929 = 144 553,50 M. Eugen, den 29. September 1930. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Dr. Wittner. Der Geschäftsführer: Knupfer.

Ablösungsanleihe des Kreises Heidelberg. Bei der am 3. Oktober d. J. für das Jahr 1930 stattgefundenen Verlosung wurden folgende Auslosungsscheine gezogen Nr. 23, 26, 156, 169, 174, 184, 208, 213, 240, 268, 293, 390, 430, 436, 444. Die gezogenen Auslosungsscheine werden vom 31. Dezember d. J. an mit je 87,50 M und 5 Proz. Zins für die Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1930 mit je 21,88 M abzüglich 10 Proz. Kapitalertragsteuer, zusammen mit je 107,30 M eingelöst.

D. 947. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ernst Jung, Karlsruhe, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 6. Okt. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

10. Kunst-Auktion der Galerie Moos, Karlsruhe Kaiserstr. 187, 1 Tr. Freitag, 10., Samstag 11. Oktober 1930 jeweils nachmittags 3—7 Uhr. Wir versteigern 130 Gemälde darunter Werke von Bergmann, Dill, Fehr, Hempfing, Lang, Weysser u. a. ferner ca. 30 Perser-Teppiche u. Brücken, Salonarrangir, antike Möbel, Sessel, Biedermeier-Bank. Antiquitäten aller Art in Bronze, Porzellan, Zinn usw., Miniaturen, Uhren, Leuchter. R. 635

Festhalle Fröh. k. u. k. österr. Hofballmusikdirektor Johann STRAUSS mit seinem Wiener Orchester Dienstag, 14. Okt., 8 Uhr. Einmaliger Wiener Walzer- und Operettenabend. Karten v. 1,60—3 RM. i. d. Musikalienhandlung u. Konzertdirektion Kaiser-Ecke Waldstraße Fritz Müller.